Track #5: Demokratische Öffentlichkeit vs. Fale news, Trolle & Denkfabriken

Eine kurze Geschichte der „Neuen Rechten“ in Hinblick auf ein geändertes „Agenda Setting“ im politischen Diskurs der letzten Jahre

Einleitung

Zunächst einmal möchte ich voranstellen, dass die vorliegende Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern vielmehr im Sinne eines „Expeditionsberichts“ meine Erlebnisse und Erkenntnisse auf einer „Forschungsreise“ in die Gebiete der tatsächlichen „fake news“, welche alltäglich von den maßgeblichen Protagonisten der „Neuen Rechten“ bzw. neuerer rechtspopulistischer Strömungen und Parteien verbreiten werden, enthält.

Als promovierter Soziologe einerseits, als kritischer Staatsbürger andererseits war es mir persönlich wichtig, einen qualitativ strukturierten ersten Einblick in die Arbeitsmethoden ausgewählter Protagonisten zunächst zu gewinnen und in weiterer Folge einem interessierten Publikum weiter zu geben.

Die vorliegende Arbeit ist weitestgehend deskriptiv dahingehend, dass zunächst das Konzept des „Agenda Setting“ kurz vorgestellt wird. In weiterer Folge greife ich drei spezifische Modelle dieses Ansatzes heraus und stelle diese entlang einer von mir selbst gewählten „Intensiv-Skala“ kurz vor, um im weiteren Verlauf der Arbeit aufzuzeigen, dass sich anhand dieser Modelle in Kombination mit den ideologischen Grundlagen der „Neuen Rechte“, welche oftmals auf in der jeweiligen Bevölkerung verbreiteten Vorurteilen beruhen, der für viele überraschende und rasante politische Erfolg der „neuen Rechten“ zumindest ansatzweise verstehen lässt.

Im Anschluss daran werden drei exemplarisch ausgewählte Protagonisten der mir weitläufig aufgefassten „neuen Rechten“ komprimiert dargestellt, insofern dies in unserem Zusammenhang wesentlich erscheint. Bei diesem handelt es sich um Vladimir Putin und dessen Partei „Einiges Russland“, um die Partei „Goldene Morgenröte“ als Vertreter einer politisch nicht so erfolgreichen, aber dafür umso rechts-extremeren Partei aus Griechenland und zum Abschluss dieses Teils Viktor Orban und dessen FIDESZ-Partei. Aus dieser Darstellung heraus werden einige länderübergreifende gemeinsame Grundlagen herausgearbeitet und mit den zuvor dargestellten drei Modellen des „Agenda-Settings“ in Verbindung gebracht.

1. Agenda-Setting

Das Konzept des „Agenda Setting“ geht davon aus, das massenmediale Inhalte die Themenschwerpunkte breiterer Öffentlichkeiten maßgeblich beeinflussen. Hierzu gibt es drei unterschiedliche Modelle, das Aufmerksamkeitsmodell, das Hervorhebungsmodell sowie das Themenselektionsmodell[1].

1.1 Das Aufmerksamkeitsmodell

Hierbei wird davon ausgegangen, dass der Rezipient durch die Medien auf besonders relevante Themen erst aufmerksam gemacht wird bzw. das die Medien somit eine Thematisierungsfunktion wahrnehmen.

1.2. Das Hervorhebungsmodell

Das Hervorhebungsmodell verfeinert diesen Ansatz dahingehend, als davon ausgegangen wird, dass die Medien auch die Prioritisierung der einzelnen Themen beeinflussen; im Bereich des Marketing wird hier vom „relevant set“ gesprochen. Den Medien wird hier also auch eine Strukturierungsfunktion zugesprochen.

1.3. Das Themenselektionsmodell

Das Themenselektionsmodell schließlich spitzt diesen Ansatz dahingehend zu, dass postuliert wird, dass die genaue Rangfolge der Wichtigkeit der einzelnen Themen von den Medien vorgegeben wird.

Geht man zudem davon aus, dass etwa in den Vereinigten Staaten größere Teile der Bevölkerungsgruppen nur einen (zumindest teilweise bewusst) eingeschränkten Medienkonsum haben (Fox News2, Breitbart3) und von diesen zudem die meisten anderen, etablierten Medien als „fake news“ oder „Lügenpresse“ beschimpft werden, so erscheint dieser alte Ansatz aus 1972 zumindest in unserem Zusammenhang wieder durchaus relevant zu sein.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang schon jetzt, dass auch die später genauer dargestellten Personen und politischen Parteien durch mehr oder weniger offene Zensur all derjenigen Medien, welche noch nicht unter staatliche Kontrolle gebracht werden konnten, auch einen direkten Einfluss auf die mediale Berichterstattung nehmen bzw. zu nehmen versuchen.

2. Populistische Akteure der „Neuen Rechten“ und ihre Parteien

Die Auswahl der Darstellung der nun folgenden Akteure erfolgte in Teilen subjektiv bzw. aus persönlichen Interesse. Den Beginn macht Vladimir Putin, auch wegen seiner Rolle als Vorbild und direkter Förderer etlicher rechtspopulistischer Politiker und Parteien in Westeuropa.

2.1. Vladimir Putin sowie seine Partei „Einiges Russland“

Hinsichtlich der biographischen Angaben zur Kindheits- und Jugendzeit von Vladimir Putin ist zu erwähnen, dass diese zu größeren Teilen auf dessen Autobiographie4 beruhen und daher mit einer gewissen „kritischen Distanz“ zu betrachten sind.

Am 07. Oktober 1952 in Leningrad in eher ärmliche Verhältnisse hineingeboren, war er das einzige, diverse Krankheiten überlebende Kind seiner Eltern. Als Jura-Student an der Leningrader Universität brachte er es bis zum Leningrader Staatsmeister in Judo, heute beherrscht er zusätzlich Boxen und Sambo. Von 1975 bis 1982 war er KGB-Offizier in der ersten Hauptabteilung (Auslands-Spionage) und besuchte 1984 – 1985 die KGB-Hochschule in Moskau, um später in nicht ganz geklärter Funktion in Dresden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR tätig zu sein.

1990, nach dem Zerfall der DDR wurde er nach Leningrad zurückbeordert. Da es dort zu viele KGB-Mitarbeiter gab, wurde er Assistent des Rektors der „Hochschule für Internationale Fragen". Dann engagierte ihn sein früherer Professor, der später Chef des Leningrader Stadtparlaments werden sollte, als Berater. 1991 wurde er zum Leiter des „Städtischen Amt für Außenbeziehungen" ernannt, ein Jahr später war er schon Vizebürgermeister der Verwaltung, 1994 wurde er Vizebürgermeister der dann wieder St. Petersburg heißenden Stadt.

1996 trat Putin von seinen kommunalen Ämtern zurück und arbeitete im lokalen Wahlkampfteam von Boris Jelzin mit. Bekannterweise gewann Jelzin die Wahl; Putin arbeitete 1997 als stellvertretender Kanzleileiter des neuen Präsidenten, 1998 wurde er stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung.

Vom 25. Juli 1998 bis August 1999 war er ‚Direktor des Inlandsgeheimdienst FSB, ab dem 26. März 1999 zudem Sekretär des „Sicherheitsrats der Russischen Föderation". Nach dem „de-facto"-Putsch gegen Jelzin wurde Putin 1999 als für die Nachfolge gewünschter Kandidat von Boris Jelzin zum Ministerpräsidenten ernannt.

„Praktischerweise" erfolgten nur einige Wochen später mehrere Anschläge auf Wohnhäuser und andere „weiche" Ziele in Moskau, welche tschetschenischen Terroristen zugeschrieben wurde, so dass Putin den Einmarsch der Armee in Tschetschenien und und Dagestan befehlen konnte5, um sich als „staatsmännischer Terroristenbekämpfer" präsentieren zu können, was seine zuvor eher schwachen Umfragewerte sprunghaft ansteigen ließ und es ihm in weiterer folge ermöglichte, ein autokratisches System (d. h. Ein politisches System ohne funktionierende Gewaltenteilung und -kontrolle)6 zu errichten.

Am 31. Dezember 1999 legte Boris Jelzin sein Amt nieder, so dass Putin auch dieses interimistisch bis zur nächsten Wahl übernahm. In dieser Zeit gewährte er Jelzin und dessen Familie eine umfassende Amnestie gegen alle allfällige Straftaten. Am 26. März 2000 fanden dann Präsidentschaftswahlen statt, welche Putin bereits im ersten Durchgang mit 52,9% gewann. Im neuen Kabinett waren sowohl Gefolgsleute von Jelzin als auch von Putin vertreten.

In dieser Regierungsperiode betrieb Putin einerseits eine erneute Stärkung der Zentralgewalt des Kremels als auch die Bekämpfung bzw. die Unterwerfung der Oligarchen, welche in den teils chaotischen Vorjahren unglaubliche Reichtümer anhäufen konnten, voran. So wurden etwa viele zuvor privatisierte Medienbetriebe wieder der direkten Kontrolle des Staates unterworfen. Putin knüpfte dabei zumindest teilweise an

die alte Sowjetunion an, die er als einen wichtigen Bestandteil der russischen Geschichte betrachtete bzw. neu definierte.

Putins Partei „Einiges Russland“ wurde bei der Parlamentswahl 2003 zur stärksten Kraft, war aber zuvor von verschiedenen staatlichen Organen und vor allem den massiv gestärkten Staatsmedien
intensiv unterstützt worden. Die damalige Beliebtheit Putins lässt sich zumindest teilweise durch einen wirtschaftlichen Aufschwung Russlands nach den Turbulenzen der Herrschaft Jelzins erklären.

2003 trat sein damaliger Stabschef aus Protest gegen die Verhaftung des Oligarchen Chodorowski zurück und wurde von Putin durch Dmitri Medwedew, zuvor Geschäftsführer des staatlichen Ölkonzern Gazproms, ersetzt.

Die zweite Präsidentschaftswahl 2004 gewann Putin mit über 71 % - internationale Beobachter konstantierten einen fairen Ablauf, kritisierten aber die vorhergehende, sehr einseitige Propaganda seitens der Staatsmedien. Kurz nach dem Gewinn der Wahl verstärkte Putin seine Machtbefugnisse massiv und schränkte zudem die Rechte zivilgesellschaftlicher NGO´s stark ein.

2007 gründete er 7 staatliche Holdings für Schlüsseltechnologien wie etwa der Atomkraft, welche alleine der Kontrolle des Präsidenten unterlagen.

Da nach der Russischen Verfassung der Präsident nur zwei Amtszeiten hintereinander gewählt werden darf, gab Putin dieses Amt 2008 an Medwedew ab und erklärte sich selbst zum Ministerpräsident – in dieser Funktion gewann er auch die folgende Wahl mit über 70%. Zu dieser Zeit war bereits ein umfassender Personenkult um Vladimir Putin entstanden.

Die Präsidentschaftswahlen 2012 gewann Putin abermals mit deutlicher Mehrheit – schon zuvor war die Amtsperiode von vier auf sechs Jahren verlängert worden. Trotz einer „gelenkten Demokratie“, bei welcher „spontan“ sowohl Unterstützungsorganisationen für Putin als auch ihm genehme „Gegenkandidaten“ entstanden, während Kandidaten, welche seinem Machtanspruch tatsächlich gefährlich werden konnten, oft durch fingierte Anklagen daran gehindert wurden, an Wahlen teilnehmen zu können, oder zumindest eingeschüchtert wurden, wächst in dieser Zeit der zivile Widerstand, welcher sich in zahlreichen Demonstrationen äußert, stark an.

An dieser wachsenden Unzufriedenheit beteiligt war auch die schwächelnde Wirtschaft Russlands, welche wiederum zumindest teilweise auf die Sanktionen des Westens gegen die völkerrrechtswiedrige Annexion der Krim und der massiven, auch militärischen, Unterstützung der „Seperatisten“ in der Ostukraine zurückging.

Spätestens seit dieser Zeit, 2014, unterstützt der Kreml massiv weitere rechtspopulistische, Russland-freundliche und Klimaschutz-feindliche Parteien und Strömungen in West- und Osteuropa wie etwa den „Ront National“ in Frankreich oder die FPÖ in Österreich jeweils durch Kredite im Millionen-Bereich. Weitere gemeinsame

Merkmale der von Putin unterstützten Gruppen ist ein stark ausgeprägter Anti-Amerikanismus, ein Ablehnen der „Multi-Kulti-Gesellschaft“ bzw. ein starker, teilweise religiöser kultureller Konservatismus („Verteufelung von Homosexualität, des „politischen“ Islams etc.) sowie eine Ablehnung der Europäischen Union (UKIP in Großbritannien).

Auch die Präsidentschaftswahl am 18. März 2018 gewann Putin mit über 70%. Ein wichtiger Faktor, der diese wiederholten Wahlerfolge auch im Zeichen einer schwächer werdenden Wirtschaft während der beiden letzten Amtsperioden erklären kann, ist die zeitgleich erfolgende Aushöhlung der Demokratie und die immer stärker werdende Kontrolle über die Medien in Fernsehen, Rundfunk und Print. Diese zunehmende Kontrolle erfolgte trotz oder gerade wegen einer beobachtbaren „Erosion“ der Strahlkraft Putins7.

Ein weit verbreitetes Phänomen unter Regimen mit „gelenkter Demokratie“ ist auch der Versuch, ausländische, internet-basierende Medien oder Medienplattformen wie Youtube, Facebook, Twitter, Wikipedia etc. zumindest teilweise zu verbieten und in weiterer Folge durch nationale Äquivalente zu ersetzen8.

Wohl auch durch seine „Herkunft“ aus dem Sowjet-Geheimdienst KGB scheint Putin Medien nicht als die Staats-Macht kontrollierende „vierte Gewalt im Staat“ Säule der Zivilgesellschaft, sondern vielmehr als eines der mächtigsten Werkzeuge des Staates selbst zu betrachten, um die öffentliche Meinung und öffentliche Diskussionen beeinflussen zu können.9 Bestärken dürften ihn in dieser Einstellung sowohl die „Orange Revolution“ in der Ukraine 2004 als auch die Ereignisse auf dem „Maidan-Platz“, ebenfalls in der Ukraine, von 2014. Doch schon viel früher, begann Putin im Jahr 2000 alle ihm nicht genehmen Medienbesitzer zu entmachten und integrierte deren Medien in seinen schon damals in seine immer stärker werdende Propaganda-Maschinerie: zuerst wurde Gussenski der Sender NTW durch Einleitung geeigneter Gerichtsverfahren entrissen. Bald darauf kam Beresowski, der „mediale Ziehvater“ Putins an die Reihe; dessen Sender ORT und die reichweitenstarken Zeitungen „Nesawissimaja Gaseta“ und „Kommersant“ gelangten so in den Einflußbereich des Kreml.10

2.2. Die Partei „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland

Die 1985 gegründete Partei „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) entstand rund um eine Zeitung mit dem selben Namen. Schon in dieser Gründungsphase pflegten die Mitglieder ein nazistisches, fanatisches und extremistisches Gedankengut11. In den 1990 Jahren sympathisierten Mitglieder mit dem Regime von Slobodan Milosevic und nahmen am Massaker von Sebrenica teil12.
Ein immer wieder beliebtes Feindbild war auch der kleine Nachbarstaat, welcher inzwischen „Nordmazedonien“ heißt.

Die Partei erstarkte in Griechenland vor allem durch das von der „Troika“ (IWF, Weltbank und EZB) im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 verordnete, die gesamte griechische Gesellschaft umfassende und einschränkende Sparprogramm und die damit verbundene Unzufriedenheit von großen Teilen der Bevölkerung mit den

etablierten Regierungsparteien. So wurde es nach und nach auch für breitere Teile der Bevölkerung offensichtlich, dass sich hinter dem „wirtschaftlich erfolgreichen, demokratischen griechischen Staat“ in Wahrheit ein Land mit hohen Staatsausgaben und geringer wirtschaftlicher Produktivität sowie ausgeprägter Vetternwirtschaft und Korruption verband. Unter dem Deckmantel von Parolen wie Anti-Kapitalismus, Anti-Globalisierung, EU-Skepsis und Anti-Multikulturalismus gelang es der neuen griechischen Rechten, größere Teile der unzufriedenen Bevölkerung für ihre Zwecke zu gewinnen und zu instrumentalisieren. Dabei ist die „Goldenen Morgenröte“ zwar gegen Immigranten ausgerichtet, propagiert aber darüber hinausgehend einen „ethisch reinen“ griechischen Nationalstaat.

Taktisch konzentrierte sich die Partei bei den Kommunalwahlen 2010 auf Athener Randbezirke, die man in Frankreich wohl als „Borrelieus“ (Schweibweise?) bezeichnen würde; Vorstadtbezirke mit einem hohen Ausländeranteil, deren Infrastruktur jahrelang vernachlässigt wurde. In den folgenden beiden Jahren bis zur Parlamentswahl 2012 konnte die „Goldene Morgenröte“ ihren Stimmenanteil massiv ausbauen – von 20.000 Wählerstimmen auf über 440.00013. Nicht übersehen sollte man, dass in dieser Zeit auch die linksextreme „Syriza“ die Zahl ihrer Wähler mehr als verfünffachen konnte – extreme Lager an beiden Enden des politischen Spektrums erfuhren einen enormen Zulauf. Der nun folgende Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen verdankt sich vor allem zwei zusammenfallenden Motivationen: einerseits der Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Parteien und andererseits mit den enormen wirtschaftlichen Belastungen, welche der Sparkurs der „Troika“ auslöste. Von 2012 bis 2019 war die Partei erstmals im griechischen Parlament vertreten.

Am 28. September 2013 wurden mehr als 31 Parteimitglieder, unter anderem auch 9 Parlamentsvertreter, unter dem Vorwurf der „Gründung einer kriminellen Vereinigung“, verhaftet14. Anfang 2014 wurde eine „Ersatzpartei“ mit ähnlichem Namen gegründet. Eine weitere Welle an Zustimmung erhielt die Politik der „Goldene Morgenröte“ im Umfeld der Flüchtlingskrise von 2015, welche das wirtschaftlich ohnehin schon geschwächte Griechenland weiter in Mitleidenschaft zog und welches, ebenso wie Italien, bei der Bewältigung dieser Krise zumindest „gefühltermaßen“ von der EU weitestgehend in Stich gelassen wurde.

Die ideologischen „Kernsätze“ der Partei umfassen eine Politik bzw. Polemik gegen Einwanderer, gegen die LBTG-Community, aber auch gegen vermeintliche korrupte Politiker der etablierten Parteien. Ein Sonderfall sind territoriale Machtansprüche auf Nachbarstaaten.

2.3. Viktor Orban und die FIDESZ

Viktor Orban wurde am 31. Mai 1963 geboren und ist seit 1993 Vorsitzender der Partei Fidesz – Ungarischer Völkerbund.

Sollte er zunächst noch Vorsitzender der Jugendorganisation der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sein, so war er schon 1988 einer der Gründer der Fidesz,

welche generell als eine Gründung elitärer Studenten gelten kann.

Er wurde landesweit durch eine Rede bekannt, in der er den Abzug der in Ungarn stationierten Sowjet-Truppen forderte. 1993 wurde er zum Parteivorsitzenden gewählt, ein Amt, das er mit einer Unterbrechung von 200 – 2003 bis heute ausübt. Unter seiner Führung wurde die teilweise als liberal geltende Fidesz, welche sich allerdings schon 1989 als dezidiert anti-kommunistisch definierte, zur führenden konservativen Partei Ungarns unter einer als zunehmend „charismatisch" wahrgenommenen Führerschaft. Die innerparteiliche Opposition wurde zurückgedrängt, ein Muster, das Viktor Orban nach seinem ersten landesweiten Wahlsieg 1998 auf das ganze Land zu übertragen versuchte15.
2002 und 2006 gelang es der Ungarischen Sozialistischen Partei, zweimal hintereinander die Wahlen zu gewinnen – allerdings musste deren Premierminister Ferenc Gyurcsany nach etlichen Korruptionsskandalen 2008 zurücktreten. Die Fidesz war in dieser Periode noch weiter nach rechts gerückt und behauptete, dass Ungarn „in Wahrheit" immer noch von der alten kommunistischen Elite regiert würde. 2010 verzeichnete die Partei einen erdrutschartigen Sieg und sicherte sich eine Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze, was in weiterer Folge zu einem gravierenden Umbau von Verfassung und Gesetzgebung Ungarns genutzt werden sollte. Die getroffenen Maßnahmen betrafen etwa die Herabsetzung des Pensionsalters für Richter oder die Schaffung einer neuen Behörde zur Kontrolle der Medien. Es wurde auch ein neues „Familienkonzept" geschaffen, welches Personen mit nicht-heterosexueller Ausrichtung diskriminiert, geschaffen. Weitere Gesetze aus dieser Periode bevorzugen nationale Firmen, oftmals unter stattlicher Kontrolle, gegenüber ausländischen Betrieben, und dies oftmals in direkten Widerspruch zur entsprechenden EU-Gesetzgebung. Dabei wurde, offenbar zu Recht, darauf vertraut, dass es Jahre dauern würde, bis die EU-Bürokratie in angemessener Weise auf diese Entwicklung reagieren könnte.

2015 wurden trotz der bestehenden EU-Sanktionen bilaterale Wirtschafts-Gespräche mit Russland aufgenommen, woraus u. a. ein langfristiger Atom-Vertrag resultierte. Ein weiteres Vorgehen, das einem ähnlichen Vorhaben von Putins Russland ähnelt, ist die Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft an alle „ethnischen Ungarn", auch wenn diese in ihren jeweiligen Heimatländern verbleiben sollen. In Orbans´ Ungarn werden Elemente des Nationalismus mit denjenigen des Autoritarimus kombiniert, indem etwa die Regierung zunehmend gegen Medien und NGO´s vorgeht, die sich illoyal gegenüber der Regierung verhalten oder diese in unangemessener Weise beschimpfen und verungimpflichen.

Seit Orban auch wegen seines Mediengesetzes16 von der europäischen Kommission und dem Europa-Parlament immer stärker kritisiert wird, verschärfte er seine gegen die EU gerichtete Rhetorik. So versucht er einerseits, sich als „Bewahrer der europäischen Werte" darzustellen, spricht aber eben diese Kompetenz den Spitzenpolitkern der EU ab. Als weiteren Gegner machte Orban den ungarisch-stämmigen Investor George Sorosz und dessen „Open University" aus, zu deren Vertreibung aus Budapest ein eigenes Gesetz erlassen wurde. Generell zieht Orban nun gemeinsam mit Polens Regierungschef

Kacinsky gegen „immigrationsfreundliche Eliten“ nicht nur rhetorisch in den Kampf und verspricht seinen Anhängern eine „kulturelle Konterrevolution“ in Europa. Interessant ist in diesem Zusammenhang, das Orban in der ersten Hälfte 2015 viele Anhänger und Unterstützer an die noch extremere ungarische Partei „Jobbik“ verlor. Erst die Flüchtlingskrise in der zweiten Jahreshälfte und seine sich „extremisierende“ Rhetorik erlauben es ihm, diesen Trend zunächst zu stoppen und in weiterer Folge umzukehren. Ein für Orban angenehmer Nebeneffekt dieser Entwicklungen bestand darin, das Berichte über Korruptionsvorwürfe plötzlich von den Titelseiten der Zeitungen verschwanden bzw. verschwinden konnten.

3. Länderübergreifende „Glaubenssätze“ und Taktiken dieser Gruppierungen und Parteien

Im folgenden stelle ich einige zugegebenermaßen subjektiv ausgewählte gemeinsame Elemente der oben dargestellen Politiker und Parteien vor, welche im Kontext dieser Arbeit wesentlich erscheinen.

3.1. Das „Volk“ kämpft gegen die „politische Elite“

Priester zufolge besteht eines der definierenden Kernelemente des Rechtspopulismus im unterstellten Gegensatz vom „Volk“ als ethnisch-kulturelle Einheit in Abgrenzung zu den etablierten, oftmals als korrupt präsentierten politischen Eliten17. Dieses Kriterium wird vor allem im kurzfristigen Aufstieg der „Goldenen Morgenröte“, aber auch in Orbans FIDESZ sichtbar, wobei dieser die korrupten politischen Eliten vor allem bei ehemaligen Kommunisten (bzw. Politikern, denen er unterstellte, ehemalige Kommunisten zu sein) verortete.

Eines der wichtigsten Feindbilder ist die supranationale EU. Der EU wird dabei unterstellt, gegen die Interessen des „Volkes“ zu arbeiten. Die jeweilige nationale Identität und Souveränität wird als durch die EU gefährdet angesehen.18

3.2. „Ethnisch sauberer“ Nationalismus bzw. „Ethnopluralismus“

Als weiteres kennzeichnendes Merkmal kommt die Ablehnung aller sozialen, ethnischen und religiösen Minderheiten hinzu. Den etablierten Parteien wird dabei unterstellt, diese Minderheiten zu unterstützen bzw. sich deren Einfluss zu beugen. So wird etwa die Kriminalität von Migranten nicht als das Ergebnis diese stark benachteiligender sozialer und politischer Strukturen gesehen, sondern als „Kollektivschuld“ gewisser Gruppen gesehen und dargestellt.19

In weiterer Folge wird die Hypothese aufgestellt, dass durch vermehrte Zuwanderung Überfremdung, ein Verlust der „kulturellen Identität“, vermehrte Kriminalität oder ein fremder, oftmals islamischer religiöser Fundamentalismus drohe.

Die damit verbundenen Fremdenfeindlichkeit richtet sich in Westeuropäischen Staaten vor allem gegen Muslime, es wird ein heftiger Kampf gegen religiöse Elemente wie dem

Kopftuch der Frauen oder Minaretten durchgeführt. In den Staaten des ehemaligen Ostblocks, wo es keine größeren muslimischen Minderheiten gibt, wird dieser „Kulturkampf“ verstärkt gegen andere Minderheiten wie Sinti und Roma, Homosexuelle oder Juden geführt.20

Der damit verbundenen „Ethnopluralismus“ strebt in Abgrenzung zum klassischen Rassismus danach, Staaten und Gesellschaften ethnisch und kulturell möglichst „rein“ zu halten. Der Begriff geht auf Henning Eichberg zurück, der diesen schon 1973 prägte21 Damit einher geht eine Herrschaftsanspruch des jeweiligen Volkes oder auch der „europäischen Völker“ über alle anderen Ethnien und Kulturen.

Oftmals werden auch die Position des älteren, weißen, christlichen Familienvaters gefährdende22 und darüber bzw. vom „mainstream“ abweichende Gruppierungen wie Feministinnen oder Angehörige der LBGT-Gemeinschaft als „Volksfeinde“ betrachtet und behandelt. Dem gegenüber wird das Idealbild der intakten „europäischen“ und oftmals christlichen Kernfamilie gestellt.

3.3. Diffamierung des politischen Gegners und „fake news“

Zu den Feindbildern gehören fast auch immer die politischen Gegner, die als Vertreter der korrupten Eliten dargestellt werden, und die etablierten Massenmedien, sofern sie nicht bereits unter Kontrolle und „auf Linie“ gebracht wurden. Ein dabei immer weiter verbreitetes Mittel ist die Verungimpflichung der konventionellen Berichterstattung als „fake news“23, wobei gerne diversen Verschwörungstheorien nachgegangen wird, in denen die eigen Partei oder Volksgruppe als Opfer scheinbar übermächtiger Gegner dargestellt wird, denen man sich tapfer entgegenstellt. Dabei wird auch immer wieder auf „den gesunden Menschenverstand“ sowie auf in breiten Teilen der Bevölkerung weitverbreitete Vorurteile zurück gegriffen.

3.4. verstärkter Einsatz von „Trollfabriken“ in den sozialen Medien

Selbst im in dieser Hinsicht vergleichsweise eher „ruhigen“ Deutschland als einem Staat, in welchem die rechte AFD die etablierten Parteien vor allem im Osten Deutschlands „vor sich herjagt“, aber zumindest auf Bundesebene noch keine politische Macht erringen konnte, lässt sich anhand einer aktuellen Studie eine zunehmende Koordination und Konzentration rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer kommunikativer Angriffe und Attacken auf Vertreter der „politischen Eliten“, Unterstützer sozialer und ethnischer Minderheiten und den Verbreitern von „fake news“, d. h. etablierter Journalisten und Redakteure, in der Jahresfolge 2017 / 2018 erkennen.24

Die sozialen Medien wie Facebook und Twitter bzw. die in ihnen ablaufenden Diskurse lassen sich aufgrund (noch) nicht vorhandener gesetzlicher, kultureller und sozialer Kontrollen wohl noch leichter beeinflussen und in weiterer Folge kontrollieren als (ihre Pendants) in den „klassischen“ Medien, innerhalb derer es etablierte Schutzmechanismen gegen zu weit von der Wahrheit entfernte Behauptungen gibt und „mediengeschulte“ Rezipienten vorhanden sind25.

4. Schlussfolgerung und Ausblick

Im Rahmen dieser Arbeit war es mir leider nicht möglich, qualitative oder quantitave Inhaltsanalysen durchzuführen, um den Zusammenhang zwischen dem „agenda Setting“ rechtspopulistischer Parteien und Politiker einerseits und der politischen Agenda der (jeweils eigenen) Wählerschaft genauer zu untersuchen.

Im Rahmen des hier gewählten „essayistischen Ansatzes“ bleibt mir nur festzuhalten, dass es ein Paradoxon der aktuellen politischen Entwicklung zu sein scheint, das die weltweit erstarkenden „Neuen Rechten“ zunächst bestehende Freiräume im Mediensystem, insbesondere in den sozialen Medien, nutzen, um ihre oftmals faktisch falschen Botschaften zu verbreiten, um dann, sobald sie an den „Schalthebeln der Macht“ sitzen, eine umfassende Zensur und Medienkontrolle nicht nur der staatlichen Medien anzustreben und umzusetzen26.

Einige der sich daraus ergebenden Ansätze, um diesen Taktiken wirkungsvoll begegnen zu können, würde ich gerne in der nun folgenden Diskussion erörtern.